Nr. 336
A 171

Sonntags-Ausgabe

20 Pfennig

Berlin

Sonntag, 18. Juli 1926
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3363, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Briand gestürzt

Vorstoß Herriots

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Ist **Paris**, 17. Juli

Das Ministerium Briand—Caillaux ist gefallen, nachdem das von ihm eingebrachte Ermächtigungsgesetz von der Kammer mit 288 gegen 243 Stimmen abgelehnt worden ist.

Der Konflikt zwischen der Regierung und den republikanisch-demokratischen Parteien des Parlaments, den man nach Caillaux' Art, seine diktatorischen Machtansprüche geltend zu machen, erwarten mußte, ist in der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer in einem Zusammenstoß zwischen Herriot und Briand mit geradezu elementarer Wucht zur Entladung gekommen. Man war, nachdem der linke Flügel der radikal-sozialen Partei heute morgen die schärfste Opposition gegen das Ermächtigungsgesetz beschlossen hatte, auf einen erbitterten Kampf gefaßt.

Daß Herriot selbst ihn eröffnete und ihn, indem er damit seine Autorität als Präsident der Kammer in die Wagschale warf, zu dem von Briand mit Recht als tragisch bezeichneten Konflikt zwischen Regierung und Parlament schlechthin gesteigert hat, war die große Ueberraschung des heutigen Tages.

Nach einem für den Ausgang des Kampfes entscheidenden Angriff Louis Marins, des Führers der Rechten, gegen die Regierung, hatte Caillaux in einer letzten Intervention die Situation zugunsten der Regierung zu wenden versucht, jedoch ohne Erfolg. Der von ihm beantragte Schluß der Generaldebatte und Uebergang zur Spezialdiskussion der Artikel, zu welchem er die Vertrauensfrage stellte, ist von der Kammer mit einer Mehrheit von 45 Stimmen abgelehnt worden.

Das Kabinett Briand zog sich sofort nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses zurück, um den Text des Demissionsschreibens abzufassen, welches Briand noch heute abend im Elysée überreichte. Präsident Doumergue hat die Demission angenommen und die Minister gebeten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen. Präsident Doumergue beginnt bereits heute abend mit seinen Beratungen zur Bildung des neuen Kabinetts.

*

Der 63jährige Aristide Briand begann seine politische Laufbahn als sozialistischer Abgeordneter. Seit dem Jahre 1909 stand er an der Spitze von zehn französischen Kabinetten. Bei Ausbruch des Krieges war er Justizminister im Kabinett Viviani. Vom Oktober 1915 bis März 1917 war er Ministerpräsident während der Präsidentschaft Poincarés. Von den zwölf Kabinetten, die Frankreich seit Kriegsende im Amte gesehen hat, tragen fünf allein den Namen Briand, zweimal hat ihn der Präsident Millerand, dreimal der im Juni 1924 gewählte Präsident Doumergue in dieses Amt gerufen. Die große Zeit der außenpolitischen Wirksamkeit Briands beginnt mit seiner Rolle als Führer der französischen Völkerbundsdelegation. Als solcher hat er an dem Genfer Protokoll entscheidend mitgearbeitet, sein Anteil an den Locarno-Verträgen ist bekannt.

Der Sturz der Konsuln

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **Paris**, 17. Juli

Das 10. Kabinett Briand, das Ministerium der beiden Konsuln, von dem man in Frankreich die Rettung aus Finanznöte und Währungsnot erwartete, liegt seit heute abend am Boden. Seine ministerielle Existenz hat noch nicht einmal drei Wochen gedauert. Caillaux' Machthunger, der nach der Diktatur strebte, ist der Regierung zum Verderben geworden. Den Versuch, das Parlament seiner gesetzgeberischen Rechte zu entkleiden, hat die Kammer mit dem Sturze des Ministeriums beantwortet. Die Mehrheit, die sich heute abend gegen Caillaux zusammengefunden hat, ist nicht minder heterogen, als es die Mehrheit gewesen ist, die vor genau acht Tagen das Kabinett durch sein Vertrauensvotum gerettet hatte. Geschlossen haben auch diesmal wieder die Sozialisten und die Kommunisten gestimmt. Alle anderen Gruppen waren zersplittert und sind bei der Abstimmung auseinandergefallen.

Diese Ungefärtheit der parteipolitischen Verhältnisse macht die Lösung der Krise außerordentlich schwierig. Nach den parlamentarischen Gepflogenheiten wird Präsident Doumergue, der morgen seine Konsultationen beginnen wird, sich zunächst an Herriot wenden müssen, dessen Vorstoß die Regierung zu Fall gebracht hat. Die Aussichten, daß Herriot eine tragfähige Mehrheit für ein Kabinett zustande bringen wird, sind heute jedoch kaum größer, als sie es vor drei Wochen gewesen sind. Im Gegenteil! Herriots deutlicher Angriff gegen die Regierung hat ihm im eigenen Lager zahlreiche neue Gegner geschaffen.

Die politische Zukunft Frankreichs ist unter diesen Umständen im höchsten Grade dunkel. Das Einzige, was sich mit einiger Sicherheit voraussagen läßt, dürfte ein neuer katastrophaler Sturz der französischen Währung sein, den nur die rascheste Beendigung der Krise und das Zustandekommen eines durch seine Homogenität aktionsfähigen Kabinetts einzudämmen imstande sein dürfte.

L. St.

s **Paris**, 17. Juli

Am Elysée wird erklärt, daß Präsident Doumergue Wert darauf lege, die Krise möglichst schnell, unter Umständen noch im Laufe des morgigen Tages, beizulegen. Er wird die Beratungen mit den politischen Persönlichkeiten noch im Laufe der heutigen Nacht aufnehmen. In parlamentarischen Kreisen spricht man von einer **kommenden Kombination Herriot-Tardieu-Bokanowski.** Es ist heute nachmittag viel bemerkt worden, daß Tardieu der Rede Herriots lebhaft Beifall spendete, und man schloß daraus auf ein Einvernehmen zwischen den beiden Politikern, das vielleicht schon vor der Sitzung bestanden hat.

*

Sitzungsbericht auf der zweiten Seite!

Die neue Vermittlungsaktion der Kirchen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **London**, 17. Juli

Auf einen Brief des Bischofs von Liechfield, in dem dieser Baldwin bittet, eine Abordnung der Kirchen zu empfangen, um mit dieser das Kohlenproblem zu erörtern, hat Baldwin heute zustimmend geantwortet. Er wird die Abordnung am Montag um 6 Uhr im Unterhaus empfangen. Er betont jedoch ausdrücklich, daß die Regierung nicht in der Lage sei, die von der Kirche gemachten Vorschläge anzunehmen. Denn sie schließe die Anregung ein, daß die Regierung eine weitere Subsidie an die Bergwerksindustrie gewähren soll, damit die Arbeit für eine Zeit zu den alten Lohnsätzen und der früheren Arbeitszeit wieder während einer Uebergangszeit wieder aufgenommen werden könne. Darauf könne die Regierung nicht eingehen, und er halte es daher für zwecklos, die Vorschläge den Grubenbesitzern zu unterbreiten. Es stehe nicht in der Macht der Regierung, die Bedingungen, unter denen die Arbeit wieder aufgenommen werden könne, zu bestimmen. Sie könnten nur durch Abkommen zwischen Grubenbesitzern und Bergarbeitern festgesetzt werden.

In einer Versammlung in Norwich, die von über 25 000 Personen besucht war, erklärte Baldwin über den Kohlenkonflikt, daß man sich fragen müsse, warum der industrielle Krieg verlängert werde. Wer könne dadurch gewinnen? Nach seiner Ansicht hätten die Bergarbeiterführer manche Chance beseitegeworfen, um ein faires und ehrenhaftes Abkommen zu erreichen. Er könne den Grund dafür nicht einsehen, wenn es nicht der sei, daß sie den Kriegszuf aufrechterhalten wollten, um den Staat, falls er nicht willens sei, dazu zu zwingen, auf Kosten der Arbeiter in jeder anderen Industrie des Landes dem Bergbau Subsidien zu gewähren.

Sachlichkeit

Von

Georg Bernhard

In den sommerlich durchglühten Räumen des alten Wilhelm-Gymnasiums, das nach seinem Umbau die Diensträume des Reichswirtschaftsrates beherbergt, arbeitet nun schon mehrere Wochen hindurch die von der Reichsregierung eingesetzte Wirtschaftsenquete. Männer der Praxis (Unternehmer und Arbeiter), Vertreter des öffentlichen Lebens und Forscher der Wissenschaft sitzen dort beieinander und diskutieren vorläufig über die besten Methoden, zu Fragebogen zu gelangen, auf Grund deren Sachverständige und Interessenten aus allen Wirtschaftsgebieten vernommen werden können. Eine mühevolle Arbeit als Vorbereitung zu einem Versuch, von dem heute noch keiner sagen kann, ob er gelingen wird oder nicht. Denn die Aufgabe, die dieser Enquete von der Reichsregierung gestellt wurde, ist so gewaltig, daß ein gewisser Optimismus von vornherein dazu gehört, an deren Durchführbarkeit zu glauben. Worum geht es denn? Die Mitglieder der Enquetekommission sollen durch ihre Bemühungen den Versuch machen, in das Gewirr der durch die politische Agitation der letzten Jahre geschaffenen Fragen über alle möglichen wirtschaftlichen Dinge Klarheit durch Feststellung von Tatsachen zu bringen. Es ist beabsichtigt, in großen Zügen ein möglichst zutreffendes Bild der jetzigen Gestaltung der deutschen Wirtschaft und der Veränderungen zu geben, die sich seit der Zeit vor dem Krieg vollzogen haben. Ein Bild, das nicht „von der Parteien Haß und Gunst verwirrt" ist, sondern das der Wahrheit wenigstens einigermaßen nahekommt, weil es von Anhängern der verschiedensten Meinungen und Richtungen unter dem Eindruck des mit Hilfe aller zusammengebrachten Materials entworfen ist. Niemand weiß heute, wie lange es dauern wird, bis das gesteckte Ziel erreicht ist. Die Vorarbeiten sind unendlich mühselig. Wer bei diesen Vorarbeiten beteiligt ist, merkt vielfach wohl zum ersten Male, wieviel in den letzten Jahren geschrieben und geredet worden ist über Dinge, über die sachliche Grundlagen zu beschaffen bisher noch niemand versucht hatte. Aber eins hat sich doch jetzt schon gezeigt: von den Kommunisten bis zu den Völkischen sitzen die Männer zusammen, die den ernsten Willen haben, miteinander sachlich zu verhandeln. Es sind vielfach dieselben Leute, die, wenn sie sich draußen auf der Agitation oder im Reichstag gegenüberstehen, sich scharf befehden und ihre Argumente so sicher in den Saal schleudern, als ob an deren sachlicher Fundierung irgendein Zweifel überhaupt nicht zulässig wäre. Sind diese Menschen der politischen Atmosphäre entrückt, so steigt ihnen der Zweifel auf, und es zeigt sich in ihnen der Wunsch nach Sachlichkeit. Ein Beweis dafür, wie nötig die Befreiung unserer gesamten Politik aus den Banden des Parteidogmas ist.

*

Die Verhandlungen der Enquete-Kommission sind öffentlich. Man möchte wünschen, daß von dieser Oeffentlichkeit ein größerer Gebrauch gemacht wird, als das bisher der Fall gewesen ist. Namentlich sollten die kleinen Parteigötter versuchen, durch öfteren Besuch der heiligen Hallen des alten Wilhelm-Gymnasiums dahin zu streben, sich etwas von der „neuen Sachlichkeit" anzueignen, der ihre Parteiführer zustreben. Denn in diesen kleinen Köpfen herrscht doch vielfach eine Wirrnis, die sich nicht bloß auf das politische und wirtschaftliche Gebiet beschränkt, sondern sich immer deutlicher auf das Territorium der Moral ausdehnt. Es ist hier rechtzeitig auf die Intrige hingewiesen worden, die aus dem Reichswehrministerium heraus anzuzetteln versucht wurde. Man hat dort Rügen und Vorstellungen, die die Interalliierte Militärkommission beim Wehrministerium erhob, den zuständigen politischen Reichsinstanzen zunächst vorenthalten, sie dafür aber indiskreterweise rechtsstehenden Blättern zur Veröffentlichung überlassen, und zwar unter Umfälschung der ententemilitaristischen Sonderkundgebungen in angebliche politische Noten der Botschafterkonferenz an die deutsche Reichsregierung. Die Form der Veröffentlichung, der eine wüste nationalistische Hetze auch gegen die „würdelosen Linksparteien" angehängt war, zeigte deutlich den Zweck der ganzen Uebung. Da wie rechtzeitig der Katze die Schelle umhängten, so mißlang natürlich dieser Zweck. In blinder Wut über den mit so viel Geschicklichkeitsaufwand abgeschossenen Fehlgänger richteten die entlarvten Fälscher nun ihr Geschütz gegen die „Vossische Zeitung". Kein Wort, so zeterten sie, sei dort gegen die bösen Franzosen gesagt worden, die das deutsche Volk dauernd niederzuhalten beabsichtigten. Es hat ja vielleicht einmal eine Zeit gegeben, in der die große Masse des deutschen Volkes noch daran geglaubt hat, das französische Volk wolle dauernd das deutsche niederhalten. Aber heute sollten die rechtsstehenden Blätter es doch endlich aufgeben, diesen Unsinn dauernd zu wiederholen. Denn es glauben ja nicht einmal mehr die eigenen Parteigänger. Das französische Volk hat augenblicklich ganz andere Sorgen, und es